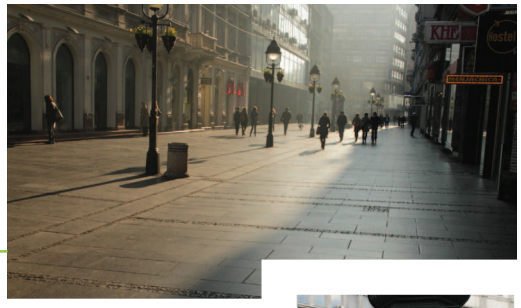
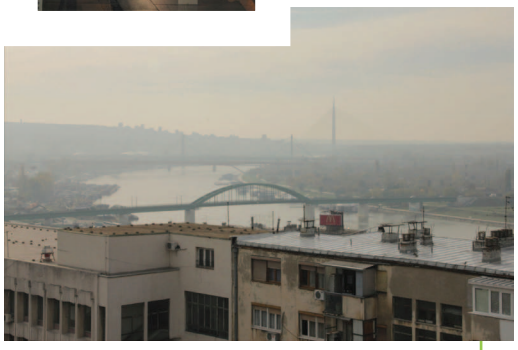
Die Lebensbedingungen der Roma werden zunehmend unerträglich[1]



1

2, 3



4

Als ich vor einem Monat in Belgrad ankam, erkannte ich die Stadt kaum wieder. Der Trend zum Wandel in eine moderne Metropole hat sich in den letzten Jahren ungebrochen fortgesetzt. An der Knež Mihajlova, der Fußgänger- und Flaniermeile im Zentrum Belgrads, gibt es mittlerweile fast nur noch westliche Ladenketten, wie Max Mara und Zara. Die Preise sind ebenfalls auf Westniveau. (Fotos 1 – 3)

Dieser spektakuläre Wandel setzt sich auch außerhalb des Zentrums fort. Eine neue Brücke verbindet den Belgrader Stadtteil Novi Beograd, der auf der anderen Seite der Sava liegt, mit dem Stadtkern. (Foto 4) Der Belgrader Bürgermeister, Dragan Đilas, preist die 946 Meter lange Brücke als architektonisches Meisterwerk. „Es ist die längste Brücke der Welt, mit einem einzigen Brückenpfeiler“,

[1] Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines Redebeitrags, der am 18. und 19. Dezember 2012 bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Aktion Bleiberecht Freiburg, des iz3w und des Freiburger Forums in Freiburg und einer Veranstaltung der Konstanzer Aktionsbündnis Abschiebestopp gehalten wurde. Der Beitrag selbst beruht in Teilen auf einer Reise nach Serbien und Mazedonien im November 2012 und der Teilnahme an einer Expertentagung zur Situation abgeschobener AsylbewerberInnen in Serbien (Siehe dazu Fn 21.). Wir bedanken uns insbesondere bei Katrin Schnieders für die gründliche Durchsicht des Textes.

5, 6

verkündet er stolz auf einer Webseite zur Unterstützung Belgrads Kandidatur zur Kulturhauptstadt Europas in 2020.[2]

Ein ähnliches Bild bietet sich auch in Skopje (Fotos 5 – 6), wo das Stadtzentrum rundum erneuert wird. Seit zwei Jahren schießen Denkmäler wie Pilze aus dem Boden. An der Vardar werden Prunkbauten errichtet. Sie sind Teil des Projekts Skopje 2014, das Mazedonien eine neue alte Geschichte und Identität geben soll.

Der Gegensatz zur sozialen Realität beider Länder ist umso schillernder und schriller. Beide Länder leiden unter den Nachwehen des Niedergangs des ehemaligen Jugoslawiens und des Übergangs zur Marktwirtschaft. Die Arbeitslosigkeit liegt in Serbien bei 26, in Mazedonien bei 32 Prozent. Während meines Aufenthalts in Mazedonien protestierten ArbeiterInnen gegen ihre Entlassung im Zuge des Privatisierungsprozesses. In Serbien gab es in der ersten Jahreshälfte 2010, laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung, 107 Streiks, zwischen zehn und dreißig pro Monat, so die Stiftung.[3] Laut einer Studie der International Labour Organisation nahm die Zahl der Beschäftigten in Serbien zwischen 2004 und 2008 um 400 000 Personen ab.[4] Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2010 sank sie um weitere 270 000 Personen.[5] 700 000 Menschen gelten als arbeitslos. Bei einer Gesamtbevölkerung von 7,2 Millionen liegt die Beschäftigtenzahl bei 1,7 Millionen.[6]

[2] "The new bridge on the river Sava, with its length of 964 meters and pylon height of 200 meters, is the latest achievement in the field of civil engineering, and it is the largest bridge in the world with a single pylon." **Dragan Đilas, Mayor of Beograd**: Introduction, in: Beograd 2020: City applying for the title of European Capital of Culture, verfügbar unter: http://www.beograd2020.com/en/beograds-application/introduction/

[3] Bertelsmann Stiftung: BTI 2012 - Serbia Country Report. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2012, S. 15, verfügbar unter: http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Serbia.pdf

[4] Arandarenko, Mihail: Supporting Strategies to Recover from the Crisis in South Eastern Europe Country Assessment Report: Serbia, International Labour Office Budapest 2011, S. 20, verfügbar unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@europe/@ro-geneva/@sro-budapest/documents/publication/wcms_167008.pdf

[5] Ibid.

[6] Serbian opposition, ruling party in close race before May 6, *Bloomberg*, 11.04.13, verfügbar unter http://www.bloomberg.com/news/2012-04-11/serbian-opposition-ruling-party-in-close-race-before-may-6-vote.html

Und die Roma? Wie in allen ost- und südosteuropäischen Staaten gehören sie auch hier zu den großen VerliererInnen des gescheiterten Übergangsprozesses, bei dem die Balkanstaaten an die wirtschaftliche Peripherie Europas abgedrängt wurden. Im Zuge der Privatisierung verloren sie ihre Arbeitsplätze. Neue Arbeitsplätze gibt es für sie weder beim Staat, noch in der Privatwirtschaft. Trotz einer Vielzahl von Programmen und Projekten, die sich der Verbesserung der Bildungssituation der Roma verschrieben haben, dürfte ihr Bildungsniveau weiter gesunken sein. In Serbien schließt nur knapp ein Viertel aller Romakinder die Grundschule ab; weniger als zehn Prozent machen einen Sekundarschulabschluss.[7] In Mazedonien scheint der Anteil der Romakinder, die zumindest einmal die Grundschule abschließen, zwar höher zu liegen, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass Eltern, die ihre Kinder regelmäßig zur Schule schicken, dort mit einer hohen Geldstrafe rechnen müssen.[8] Allerdings besucht ein Großteil dieser Kinder Sonderschulen oder Sonderklassen für Kinder mit Lernbehinderung, wo sie nicht hingehören. Hier manifestiert sich etwas, was sich auch in anderen Bereichen, z.B. Wohnen und Gesundheitsfürsorge fortsetzt, eine Kombination von Armut und Diskriminierung, die wie eine Spirale nach unten wirkt.

Während meiner Reise nach Serbien und Mazedonien machte ich aber auch noch andere Beobachtungen, nämlich, dass es für Roma zunehmend schwieriger wird, in den Nischen, in denen sie, in den vergangenen beiden Jahrzehnten, ein Aus- und Unterkommen gefunden hatten, zu überleben. Ein Beispiel: Wie in anderen Teilen des Balkans leben auch in Serbien viele Roma vom Sammeln wiederverwertbarer Abfälle. Zwischen 35 000 und 55 000 Menschen, 6 000 bis 10 000 Familien, die meisten davon Roma, ausschließlich vom Müllsammeln.[9] Viele andere verdienen sich damit ein Zubrot (Fotos 7 und 8).

7, 8

[7] European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia (vierter Monitoringzyklus) (CRI(2011)21), verabschiedet am 23. März 2011, veröffentlicht am 31. Mai 2011, Strassburg, S. 19, verfügbar unter: http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/country-by-country/serbia/SRB-CbC-IV-2011-021-ENG.pdf

[8] Open Society Foundation/Roma Education Fund/UNICEF: Roma Early Childhood Inclusion - Macedonian Report, 2011, verfügbar unter : http://www.romachildren.com/wp-content/uploads/2010/12/RECI-Macedonia-English-WEB.pdf, S. 59-60

[9] Nesić, Jelena: New partnership for Socio-Economic Inclusion of Informal collectors in Serbia (Redebeitrag), TransWaste final conference, Budapest, September 2011, vefügbar unter: http://www.transwaste.eu/file/001668.pdf

9

2010 verabschiedete das serbische Parlament ein neues Abfallgesetz, das zum Ziel hat, das serbische System der Abfallentsorgung in Übereinstimmung mit europäischen Umweltnormen zu regeln. Bei den betroffenen MüllsammlerInnen löste dieses Gesetz große Sorgen aus.[10] Vertreter von Nichtregierungsorganisationen kritisierten, dass das Gesetz keinen Platz für individuelle MüllsammlerInnen vorsehe.[11] Folglich befürchteten die MüllsammlerInnen den Verlust ihrer Arbeit.

Inzwischen sind mehrere Recyclingunternehmen entstanden, einige davon sogar mit Unterstützung westlicher Regierungen, da sie als Beschäftigungsprojekte für arme Roma gelten.[12] Mag sein, dass es denjenigen Roma, die bei diesen Firmen eine Anstellung fanden, heute besser geht, da sie jetzt einen festen Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen haben. Für die anderen stellt sich aber das Problem, dass sie heute eine Lizenz brauchen, um ihrer Arbeit nachzugehen. Ein Mann erzählte mir, dass die kommunalen Behörden gegen „illegale" MüllsammlerInnen vorgehen würden. Wer beim „illegalen" Müllsammeln erwischt wird, müsse eine Geldstrafe von 5000 Dinar, umgerechnet circa 45 Euro zahlen, soviel etwa, wie etwa eine Tonne Altpapier einbringt.[13]

In Belgrad machte ich eine weitere Entdeckung: Anstelle der sperrigen Müllcontainer, die früher an allen Straßenecken standen, gibt es nunmehr unterirdische Müllcontainer, wie in den Niederlanden. (Foto 9) 1800 sollen es schon bald sein und am Ende 6000. Kostenpunkt: 6 Millionen Euro. Inzwischen spannen sich einige Kontroversen um diese

[10] Zakon muči sakupljače otpada, *RTS*, 17.10.10, verfügbar unter: http://www.rts.rs/page/stories/sr/story/125/Dru%C5%A1tvo/780912/Zakon+mu%C4%8Di+sakuplja%C4%8De+otpada+.html

[11] Ibid.

[12] PET-Recycling in Serbien, *ADA CorporAID Magazin*, März/April 2012, verfügbar unter: http://www.entwicklung.at/uploads/media/PET-Recycling_in_Serbien.pdf; WHO: First WHO European Conference on the New European Policy for Health - Health 2020: Serbia: Sustainable Waste Management Initiative for a Healthier Tomorrow: example of an intersectoral approach for improving the health of the Roma population (ohne Datum), verfügbar unter: http://www.euro.who.int/en/what-we-do/event/first-who-european-conference-on-the-new-european-policy-for-health-health-2020/case-studies/serbia-sustainable-waste-management-initiative-for-a-healthier-tomorrow-example-of-an-intersectoral-approach-for-improving-the-health-of-the-roma-population

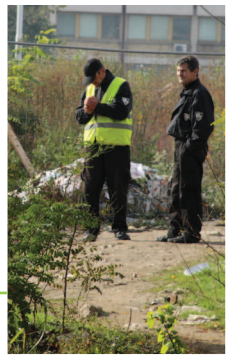
[13] Die unsichtbaren Menschen Belgrads, *Der Standard*, verfügbar unter: http://derstandard.at/1345166789499/Die-unsichtbaren-Menschen-Belgrads

Container, deren praktischer Nutzen umstritten ist.[14] Fakt ist aber auch, dass die neuen Container ein Herumstochern im Müll, auf der Suche nach Essbarem oder Wiederverwertbarem, unmöglich machen.

10

In Belgrad besuchte ich, zusammen mit anderen TeilnehmerInnen einer Tagung[15], die Überreste von Belvil, einer Romasiedlung im Stadtteil Novi Beograd, die Ende April dieses Jahres geräumt wurden. (Foto 10) Annähernd 1000 Personen wurden damals gezwungen, diese Siedlung, in der viele von ihnen seit Jahren lebten, zu verlassen. Wir wollten mit den verbliebenen BewohnerInnen reden, doch die Tatsache, dass ich meine Kamera dabei hatte, rief einen Wachmann auf den Plan, der von der Stadt Belgrad abgestellt wurde, um die Siedlung zu be- oder überwachen: Fotografieren verboten! (Foto 11) Eine BewohnerIn, die uns entgegenkam, sagte uns: „Wir leben hier wie in einem Lager." Wann auch sie umgesiedelt würde, wusste sie nicht.

11



In Makiš, einer Randgemeinde Belgrads, besuchten wir Roma, die zwei Jahre zuvor, nach der Räumung der Romasiedlungen unter der Gazelabrücke umgesiedelt wurden. Auf ihrer Internetseite begründet die Stadt diesen Schritt mit den schlechten Lebensbedingungen in dieser Siedlung. „Das Leben in der Gazela-Siedlung bedeutete ständige Gefahr, Hunger, unnötiger Tod durch heilbare Krankheiten, die Teilnahme

[14] Belgrade Waste Contract Leaves Law in Dumpster, *BalkanInsight*, 7.09.12, verfügbar unter: http://www.balkaninsight.com/en/article/belgrade-dumps-law-with-murky-waste-contract

[15] Siehe dazu Fn 21.

an kriminellen Aktivitäten und die ständige Unsicherheit, nicht offiziell als Bürger anerkannt zu werden und somit auch nicht in der Lage zu sein, seine Rechte wahrzunehmen.“[16] (Fotos 12 – 13)

12, 13

Die Roma in Makiš bedauerten hingegen den Verlust ihrer alten Bleibe. In der Gazela-siedlung hätten sie einen geregelten Tagesablauf gehabt, einen regelmäßigen Job und mehr Platz als in den Metallcontainern, in denen es im Sommer unerträglich heiß wird, und in die im Winter Nässe und Kälte eindringen, so eine Frau aus dem Kosovo, die als Binnenvertriebene gezwungen ist, in sogenannten informellen Siedlungen zu leben.

Beide Beispiele zeigen, wie die Lebensbedingungen der Roma zunehmend unerträglich werden, ihre Lebensgrundlagen schwinden. Die Aufhebung der Visumpflicht bot vielen Roma erstmals die Möglichkeit aus einer, für sie aussichtslosen Lage, auszubrechen. „Da hatten wir wenigstens drei Mal am Tag zu essen“, erklärte mir ein Mann, der mit seiner Frau in Luxemburg Asyl gesucht hatte. Ein Anderer berichtete von seinem aussichtslosen Versuch, eine Lizenz fürs Taxifahren zu erhalten. Drei Mal habe man ihn bei der Prüfung durchfallen lassen, weil er Rom sei. Dann ging er mit seiner Frau nach Deutschland. Hier in Mazedonien habe er kein Auskommen, sagte er mir.

Unter den Asylsuchenden sind aber auch viele Menschen, die früher in Westeuropa, in der Regel, in Deutschland, lebten und oft sogar dort geboren sind. Viele von ihnen wurden über Jahre nur „geduldet“ und verloren irgendwann ihren Aufenthaltstitel. Z.B. Srđan[17], den ich in Belgrad traf. Er kam, in den neunziger Jahren, damals noch als Kind, nach Deutschland. Sein Vater weigerte sich, seinem Stellungsbefehl nach zu

[16] Beograd: On Relocation of Informal Settlement „Gazela“ in Belgrade (Internetauftritt der Stadt Belgrad, ohne Datum), verfügbar unter: http://www.beograd.rs/cms/view.php?id=1453417

[17] Name geändert.

kommen und in Kroatien zu kämpfen. Nach dem Sturz des Milošević-Regimes wurde Srđan mit seinen Eltern nach Serbien abgeschoben. Doch für Srđan war Serbien nie eine Heimat. Als er nach Serbien zurückkam, kannte er nicht einmal die Sprache; seine Schulabschlüsse aus Deutschland wurden nicht anerkannt. Bis heute hat er Schwierigkeiten, sich mit der ihm fremden Mentalität zurechtzufinden. Als die Visumpflicht für Kurzaufenthalte abgeschafft wurde, nutzte Srđan die Chance und kehrte, nunmehr in Begleitung von Frau und Kind, nach Deutschland zurück. Da er keine andere Möglichkeit hatte, seine Ansprüche auf eine Rückkehr in sein Heimatland, Deutschland, geltend zu machen, bat er um Asyl.

Die Tatsache, dass viele AsylbewerberInnen in Wirklichkeit RückkehrerInnen - nach Deutschland - sind, geht auch aus den Antworten der Bundesregierung auf zwei parlamentarische Anfragen[18] der Partei „Die Linke“ hervor. In ihrer ersten Antwort von März dieses Jahres, bestätigte die Bundesregierung, dass 9 Prozent der AsylbewerberInnen aus Serbien und 5 Prozent der AsylbewerberInnen aus Mazedonien in Deutschland geboren wurden. Bei AsylbewerberberInnen aus Montenegro beträgt dieser Anteil sogar 19, bei AsylbewerberInnen aus Bosnien 22 Prozent.[19] Wenn man nun davon ausgeht, dass für jedes in Deutschland geborene Kind, eine Familie steht, wird man sehr leicht feststellen können, dass die Zahl der Menschen, die einen vorigen Bezug zu Deutschland haben, beträchtlich ist.

Aus einer zweiten Antwort der Bundesregierung von November 2012 geht hervor, dass etwa ein Drittel aller Anträge aus Serbien und Mazedonien Folgeanträge sind, d.h., dass die AntragstellerInnen bereits früher einmal, in Deutschland, Asyl beantragt haben.[20]

[18] „Wie viele Personen aus den Ländern Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien stellten seit Anfang 2009 einen Asylantrag in der Bundesrepublik Deutschland (bitte jeweils nach Herkunftsländern und Monaten differenzieren und jeweils den Anteil von Roma-Angehörigen und Personen mit Geburtsort bzw. vorherigem Aufenthalt in Deutschland angeben)?“ (Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, Drucksache 17/8984, 14.03.12, Frage 33, S. 16, verfügbar unter: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/089/1708984.pdf)

[19] Ibid.

[20] Antworten auf Fragen 6 und 9, in: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, Drucksache 17/11417, S. 3-6 und 8, verfügbar unter: http://dip.bundestag.de/btd/17/116/1711628.pdf

Während einer Tagung zur Situation der RückkehrerInnen, die Mitte November in Belgrad stattfand[21], erklärte Zoran Panjković, Berater im serbischen Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte, dass rund ein Drittel aller RückkehrerInnen aus Westeuropa, Serbien, aufgrund einer gescheiterten Wiedereingliederung, wieder verlassen würden.[22]

Nahezu unmittelbar nach der Aufhebung der Visumpflicht für Kurzaufenthalte für serbische und mazedonische Staatsangehörige stieg die Zahl der AsylbewerberInnen aus diesen Staaten rasant an. Im Fall von Mazedoniens war dieser Anstieg besonders drastisch: Zwischen 2009 und 2010 verzehnfachte sich die Zahl der AsylbewerberInnen in der EU – von 655 auf 6520. Im Falle Serbiens fiel der Anstieg weniger imposant aus. Hier haben sich die Zahlen lediglich verdreifacht. Allerdings waren die Anfangszahlen viel höher, zumal, je nach EU-Staat, auch Flüchtlinge aus dem Kosovo nach wie vor als serbische StaatsbürgerInnen geführt werden. Ähnlich verhält es sich auch mit den anderen Balkanstaaten, die Ende 2009 und Ende 2010 von der Visumpflicht befreit wurden: Auch hier stieg die Zahl der AsylbewerberInnen unmittelbar nach Aufhebung der Visumpflicht deutlich an.

Als Reaktion darauf forderten einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter auch Deutschland, die Staaten des sogenannten westlichen Balkans auf, umwendend Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der AsylbewerberInnen zu reduzieren (Fotos 14 – 15).

14, 15

Sie wandten sich an die Europäische Kommission, die im Namen der Union und ihrer Mitgliedstaaten tätig wurde. Seit Oktober 2010 werden die Balkanstaaten in regelmäßigen Zeitabständen, die in der Regel mit Treffen der europäischen Innenminister übereinstimmen, aufgefordert, „zusätzliche Maßnahmen“ zu ergreifen, um die „Asylbewerberwelle“ zu stoppen. Diese Forderungen verbinden

[21] Rights of Roma Returnees in Serbia – Problems, Needs and Solutions, Hotel Palace, Belgrad, 10. – 11. November 2012, organisiert vom *Romski edukativni kulturni centar* mit Unterstützung der Rosa Luxemburg-Stiftung.

[22] Eigene Mitschrift.

sich nunmehr mit der expliziten Drohung, die Visumpflicht wieder einzuführen. Im Mai vergangenen Jahres präsentierte die Europäische Kommission, als Reaktion auf einen Vorstoß Frankreichs und der Niederlanden, einen Vorschlag zur Abänderung der Visumbestimmungen mit Drittstaaten. Dieser sieht die Möglichkeit vor, dass die Europäische Union die Visumpflicht für Drittstaaten, deren BürgerInnen zuvor von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte entbunden wurde, befristet wieder einführen kann, wenn die Zahl der AsylbewerberInnen oder der sog. illegalen EinwandererInnen aus dem betreffenden Land deutlich ansteigt.[23]

Unter diesem Druck haben sämtliche Staaten des sogenannten westlichen Balkans, in den vergangenen zwei Jahren, „zusätzliche" Maßnahmen ergriffen, die im wesentlichen dazu dienen, potenzielle AsylbewerberInnen abzuschrecken und ihnen die Ausreise zu erschweren. Dabei muss man wissen, dass die Aufhebung der Visumpflicht von Seiten der Europäischen Union mit einer Vielzahl von Auflagen verbunden war. Diese zielten darauf ab, dass die Balkanstaaten Migrationsbewegungen aus und über diese Staaten eigenständig kontrollieren.[24] Zu diesem Zweck waren die Staaten auch gezwungen sogenannten Rückübernahmeabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, die Abschiebungen von abgelehnten AsylbewerberInnen und anderen Personen, die keinen gültigen Aufenthaltstitel (mehr) haben, erheblich erleichtern.

Serbien und Mazedonien, als diejenigen Staaten, die am stärksten unter westlichen Druck geraten sind, haben in den vergangenen zwei Jahren neue Bestimmungen erlassen, die die Befugnisse der Grenzpolizei erheblich erweitern. Diese kontrolliert nunmehr, ob ihre BürgerInnen, die in den Schengenraum einreisen wollen, eine Einladung oder Reservierung, einen Rückfahrschein mit sich tragen und über das nötige Kleingeld verfügen, damit sie ihren Aufenthalt im Westen eigenständig bestreiten können. Personen, die unter Verdacht geraten, „lažni azilanti", wörtlich „falsche AsylbewerberInnen", oder „ScheinasylantInnen" zu sein, werden an der Grenze abgefangen und nach Hause geschickt. 4700 waren es im vergangenen Jahr in Mazedonien.[25] Serbien will allein zwischen Juni und November diesen Jahres 5000 Personen die Ausreise verweigert haben.[26]

---

[23] Dieser Vorschlag liegt zur Zeit aufgrund von unüberbrückbaren Differenzen zwischen dem Europaparlament und dem Rat der Europäischen Union „auf Eis".

[24] Siehe dazu ausführlicher : Chachipe : Selective Freedom. Visa liberalisation and restrictions of the right to travel in the Balkans, Juni 2012, verfügbar unter: http://romarights.files.wordpress.com/2012/07/chachipe_visa_liberalisation_report_270612.pdf

[25] Macedonian Roma upset over asylum rules, *SETimes.com*, 11.08.12, verfügbar unter: http://www.setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/features/setimes/features/2012/08/11/feature-01

[26] Aussage der serbischen stellvertretenden Ministerin für Europäische Integration, Suzana Grubjesić, bei einer Sitzung des Komitees für Europäische Integration des serbischen Parlaments, am 7.11.12, zitiert nach: Serbische Regierung: Serbia's visa-free regime currently not in danger (Pressemitteilung), 7.11.12, verfügbar unter: http://www.srbija.gov.rs/vesti/vest.php?pf=1&id=89836&change_lang=en&url=%2Fvesti%2Fvest.php%3Fpf%3D1%26id%3D89836%26change_lang%3Den

16, 17, 18
Quelle: Deutsche Welle/Kanal 5

Mazedonien ging vor zwei Jahren dazu über, die Pässe von Personen, die an der Grenze abgewiesen wurden, mit zu markieren. (Foto 16, 17, 18) Die Buchstaben „AZ“ sollten wohl darauf hinweisen, dass die InhaberInnen dieser Pässe verdächtigt werden, „lažni azilanti“, „Scheinasylanten“ zu sein. Die mazedonische Innenministerin erklärte, der Passvermerk diene als Warnung an die Grenzposten, dass die Inhaber dieser Pässe schärferen Kontrolle unterzogen werden müssten.[27] Inzwischen lässt man, möglicherweise aufgrund nationaler und internationaler Kritik, die Buchstaben weg und belässt es bei zwei Linien im Pass. Der Effekt ist aber der Gleiche: Personen, deren Pässe derart markiert ist, können Mazedonien nicht mehr verlassen.

Vor anderthalb Jahren hat das mazedonische Parlament einem Gesetzesvorhaben zugestimmt, dass es ermöglicht, abgeschobenen AsylbewerberInnen und anderen Personen, die nach Mazedonien abgeschoben wurden, für die Dauer eines Jahres zu entziehen.[28] Inzwischen gibt es deutliche Anhaltspunkte dafür, dass dies routinemäßig geschieht.

Ähnliche Schritte wurden auch in Serbien erwogen, aber bisher noch nicht umgesetzt. Dort ist man dazu übergegangen, abgeschobene AsylbewerberInnen zu „informativen Gesprächen“ bei der Polizei vorzuladen.[29] Diese befragt sie zu den Gründen, wieso sie im Ausland Asyl beantragt haben. Bereits jetzt ist es möglich, abgeschobene AsylbewerberInnen, aber auch Personen, die „freiwillig“ nach Serbien zurückgekehrt

[27] Pečati za lažne azilante, *RTS*, 23. .05.11, verfügbar unter: http://www.rts.rs/page/stories/sr/story/11/Region/896248/Pe%C4%8Dati+za+la%C5%BEne+azilante.html

[28] Siehe dazu Gesetz zur Abänderung und Ergänzung des Passgesetzes für BürgerInnen der Republik, Mazedonien, in: *Official Gazette of the Republic of Macedonia*, Nr. 135, 3.10.11, S. 6, verfügbar unter: http://www.slvesnik.com.mk/Issues/3582020A95AAE14DB4BD5F242BF6853A.pdf

[29] Regional Centre for Minority Rights: Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl. Zur Situation serbischer Roma, die im Ausland Asyl beantragt haben, Herausgeber: Flüchtlingsrat NRW, Bochum/Münster, Oktober 2012, S. 45

sind, zu bestrafen. Grundlage hierfür ist das serbische Meldegesetz, das vorsieht, dass Personen, die länger als drei Monate ins Ausland gehen, sich vor ihrer Abreise ab- und bei ihrer Rückkehr wieder anmelden müssen.[30] Laut Belgrader NGO Regional Center for Minority Rights wird dieses Gesetz selektiv auf Roma appliziert.[31] Bei Verstoß droht eine Geldstrafe zwischen 85 und 450 Euro.[32]

Zukünftig könnte die Bestrafung noch viel härter ausfallen. Anfang 2012 reichte die serbische Regierung ein Gesetzesvorhaben ein, das den „Missbrauch von Rechten im Ausland" unter Strafe stellt.[33] Gemeint sind damit Personen, die im Ausland Asyl beantragen. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten versucht, „durch die falsche Darstellung der Gefährdung [ihrer] menschlichen Rechte und Freiheiten, in einem anderen Land politische, soziale, wirtschaftliche oder sonstige Rechte zu ersuchen".[34] Ihnen, sowie Personen, die ihnen dabei helfen, droht eine Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren, den Organisatoren, bis zu acht Jahren Haft (Foto 19).

19

Rote Kreuz-Poster am Belgrader Flughafen: "Ich will kein Asyl beantragen".

Das Gesetzesvorhaben, das auf eine Änderung des Strafgesetzbuchs hinausläuft, wurde aufgrund der Parlamentswahlen im Mai, zurückgezogen und steht heute erneut auf der Tagesordnung. Obwohl die Demokratische Partei Serbiens, die in der Opposition ist, stets darauf hinweist, dass Maßnahmen gegen den „Missbrauch der Visumfreiheit"

30 Zakon o prebivalištu i boravištu građani („Gesetz über die Anmeldung und den Aufenthalt der Bürger/innen"), Artikel 19, „Anmeldung eines Auslandsaufenthalts und der Rückkehr aus dem Ausland, in: Öffentliches Amtsblatt, Nr. 42/1977 und 25/1989, verfügbar unter: http://www.informer.co.rs/docs/zakon-o-previbalistu-i-boravistu-gradjana.pdf

31 Regional Minority Centre: Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl. Zur Situation serbischer Roma, die im Ausland Asyl beantragt haben, Herausgeber: Flüchtlingsrat NRW, Bochum/Münster, Oktober 2012, S. 45

32 Zakon o prebivalištu i boravištu građani, Artikel 27, „Strafen", in: Öffentliches Amtsblatt, Nr. 42/1977 und 25/1989, verfügbar unter: http://www.informer.co.rs/docs/zakon-o-previbalistu-i-boravistu-gradjana.pdf

33 Predlog zakona o izmenama i dopunama krivičnog zakonika („Gesetzesvorschlag zur Abänderung und Ergänzung des Strafgesetzbuchs"), Artikel 350a, Omogućavanje zloupotrebe ostvarivanja prava u stranoj državi („Ermöglichung des Missbrauchs der Ausübung von Rechten in einem ausländischen Staat"), verfügbar unter: http://www.zakon.co.rs/predlog-zakona-o-izmenama-i-dopunama-krivicnog-zakonika.html (zuletzt eingesehen am 10.10.13)

34 Ibid.

nicht gegen Menschenrechte verstoßen dürfen, ist mit nennenswertem Widerstand nicht zu rechnen: Die Visumfreiheit gilt als eine der wichtigsten, - und auch, wenigen - , politischen Errungenschaften der letzten Jahre.

Nach Mazedonien berichten abgeschobene AsylbewerberInnen vom Verlust der Sozialhilfe.[35] Tatsächlich müssen sich Arbeitslose, die Unterstützungsleistungen beziehen wollen, alle vier Monate beim Arbeitsamt melden.[36] Tun sie das nicht, so werden sie für die Dauer eines Jahres aus der Arbeitslosenkartei gestrichen. Möglicherweise entfällt damit auch der Zugang zu anderen Leistungen, wie beispielsweise zur staatlichen Gesundheitsversorgung.

Weitere Maßnahmen betreffen Transportunternehmen.[37] Sie werden dazu genötigt, ihre Passagiere in Augenschein zu nehmen und sicherzustellen, dass sich darunter keine sogenannten falschen AsylbewerberInnen befinden.

Im Ergebnis fördern diese Maßnahmen vor allem Misstrauen und Korruption. So berichten Reisende, dass die Praxis, Zöllner zu bestechen, wieder auflebt. Auch scheint es so, als ob wieder vermehrt Menschen versuchen würden, „illegal" über die Grenze zu kommen, obwohl sie eigentlich frei reisen können.

Auch wächst die Angst unter den AsylbewerberInnen. Bereits vor zwei Jahren berichteten mir AsylbewerberInnen in Luxemburg, dass sie Angst vor Schikanen bei der Rückkehr hatten. Viele brachen das Asylverfahren noch vor Ablauf der Dreimonatsfrist, in der ein visumfreier Aufenthalt möglich ist, ab. Heute kommt als weiteres Argument dazu, dass die AsylbewerberInnen Angst vor einer Wiedereinreisesperre haben, die dann für sämtliche Schengenstaaten gilt. Schlimmer noch: Durch die internationale Koordinierung und Vernetzung der Grenzbehörden, und den Willen der Balkanstaaten, die Auflagen der Europäischen Union für die Visumfreiheit nahtlos umzusetzen, verwandelt sich eine solche Sperre heute in eine Ausreisesperre, d.h., dass Personen, denen verboten wurde, in den Schengenraum einzureisen, ihre Heimatländer heute überhaupt nicht mehr verlassen können.

---

[35] Siehe dazu: Chachipe: Asylanträge von mazedonischen Staatsbürgerinnen – Verlust von Sozialhilfe und Krankenversicherung, 1. November 2012

[36] Zakon za vrabotuvanje i osiguravanje vo slucaj na nevrabotenost („Gesetz zur Beschäftigung und Versicherung im Falle von Arbeitslosigkeit") Artikel 58.1, verfügbar unter: http://www.sfid.mk/comp_includes/webdata/documents/Zakon%20za%20vrabotuvanje%20i%20osiguruvanje%20vo%20slucaj%20na%20nevrabotenost.pdf

[37] Siehe dazu: *Chachipe: Selective Freedom ....*

Eine weitere Auswirkung des Drucks von Seiten der EU ist ein klarer Anstieg des Rassismus gegen Roma, und zwar hüben wie drüben. Während hier im Westen mit Schlagwörtern wie Asyltourismus oder „Einreise ins deutsche Sozialsystem" operiert wird, heißt es in Südosteuropa, dass die Roma und, in geringem Maße auch ethnische AlbanerInnen, die Visumfreiheit gefährden würden. Vor eineinhalb Jahren rief der damalige serbische Innenminister und stellvertretende Premierminister, Ivica Dačić, die Roma dazu auf, nicht im Ausland Asyl zu suchen, da sie damit serbische Interessen gefährden würden.[38] Kürzlich erklärte Dačić, der inzwischen das Amt des Premierministers bekleidet, es sei nicht in Ordnung, wenn alle Bürger Serbiens für den offensichtlichen Missbrauch des Asylrechts durch eine Minderheit zahlen müssten.[39] Es gehe, so Dačić, vor allem um Roma und Albaner.[40]

Serbische NGOs berichten von einer Zunahme rassistischer Angriffe auf Roma. Bei der zitierten Tagung in Belgrad erklärten ein führender Oppositionspolitiker stellvertretende Sprecher des serbischen Parlaments, Žarko Korać, und ein Vertreter des Ministeriums für Menschen- und Minderheitenrechte, Zoran Panjković vom, gleichlautend, dass eine Wiedereinführung der Visumpflicht zu einer drastischen Verschärfung des Rassismus gegen Roma führen würde.[41]

Parallel dazu beobachten wir in nahezu sämtlichen Schengenstaaten eine Verschärfung der Aufnahmebedingungen und eine Verkürzung der Asylverfahren. Norwegen führte bereits im März 2010 sogenannte 48-Stunden-Verfahren für AsylbewerberInnen aus Serbien und Mazedonien ein.[42] Belgien setzte, im Mai dieses Jahres, sämtliche Balkanstaaten auf die Liste sogenannter sicherer Herkunftsländer.[43] Andere Länder, unter anderem auch Frankreich und Österreich, haben diesen Schritt bereits viel früher vollzogen. Inzwischen hob allerdings das französische Verfassungsgericht die Entscheidung für Albanien und Kosovo auf.[44]

---

38 Dačić pozvao građane romske nacionalne manjine da ne traže azil u zemljama EU, BETA, 8.05.11, verfügbar unter: http://www.blic.rs/Vesti/Politika/252583/Dacic-pozvao-Rome-da-ne-traze-azil-u-EU

39 „Nije korektno da svi građani Srbije plaćaju zbog očigledne zloupotrebe prava na azil jednog malog dela stanovništva". Zitiert nach: Lažni problem lažnih azilanata, *Radio Srbija*, 15.10.12, verfügbar unter: http://www.akademediasrbija.com/index.php?option=com_content&view=article&id=6094:lani-problem-lanih-azilanata&catid=47:ukratko-cat&Itemid=71

40 "Serbien pocht auf Visafreiheit, *Tagespiegel*, 27.10.12, verfügbar unter: http://www.tagesspiegel.de/politik/serbien-pocht-auf-visafreiheit/7309716.html

41 Eigene Mitschrift.

42 Norwegische Botschaft in Serbien: Asylum seekers from Macedonia, Montenegro and Serbia, 5.03.10, verfügbar unter: http://www.norveska.org.rs/Embassy/Visa-and-other-permits/asylumseeking/48-hour-procedure/

43 Asile: la « liste des pays sûrs » du gouvernement critiquée, *RTBF*, 23.03.12, verfügbar unter : http://www.rtbf.be/info/belgique/detail_asile-sept-pays-places-sur-une-liste-des-pays-surs?id=7735818

44 Cimade : Le Conseil d'Etat annule la décision inscrivant l'Albanie et le Kosovo sur la liste des pays sûrs, 26. März 2012, verfügbar unter: http://www.cimade.org/nouvelles/3789-Le-Conseil-d-Etat-annule-la-d-cision-inscrivant-l-Albanie-et-le-Kosovo-sur-la-liste-des-pays-s-rs

EU members seek to re-introduce Balkan visas to stem influx of asylum-seeking gypsies

Published: 15 October, 2012, 22:48

Get short URL | email story to a friend | print versi

TAGS:
EU, Politics, Law, Immigration, The Balkans

Gypsies in Germany (AFP Photo / Germany Out)

20

21

In Frankreich wirkt sich die Tatsache, dass diese Staaten nunmehr auf der Liste sicherer Herkunfts–staaten stehen, nicht unbedingt und in jedem Fall negativ auf die anschließende Entscheidung aus: Tatsächlich ist die Anerkennungsrate für AsylbewerberInnen aus Serbien in Frankreich außergewöhnlich hoch. Von 666 BewerberInnen erhielten im vergangenen Jahr 142 Asyl, ein Fünftel aller BewerberInnen.[45] Allerdings sind sie für die Dauer des Verfahrens auf sich gestellt, erhalten keine Unterkunft und keine Verpflegung, was gerade für Familien mit Kindern, die keine andere Unterstützung haben, oft katastrophale Folgen hat. In Luxemburg wurden die AsylbewerberInnen zeitweilig in Zelten untergebracht.[46] Die Beihilfen wurden gekürzt.[47] Die Schweiz führte vor einigen Monaten 48-Stunden-Verfahren ein.[48]

Es ergibt sich also der Eindruck eines wahren Kesseltreibens, bei dem sich sämtliche Staaten darüber eins sind, dass die Roma ein Problem sind, das sie nicht haben wollen (Foto 20). Die Älteren unter uns werden sich sicherlich an den Beginn der neunziger Jahre erinnern (Foto 21), wo die Stimmung schon mal ähnlich war, als rumänische Roma vor Armut und rassistischer Gewalt flüchteten. 2001, als die Visumpflicht für Rumänien aufgehoben wurde, war dies ebenfalls mit starken Auflagen von Seiten der Europäischen Union verbunden. Eine der Auflagen war, dass Personen, die versucht hatten, illegal in die EU einzureisen, oder nach Rumänien abgeschoben wurden, der Pass entzogen wurde.[49] Dies betraf vor allem Roma. Heute hat sich der Diskurs etwas verfeinert. Roma sollen integriert werden, was immer öfter gleichgesetzt wird mit: Sie sollen in ihren Ländern bleiben.

---

45 Office français de Protection des Réfugiés et des Apatrides (OFPRA): Rapport d'activité 2011, Fontenay-sous-Bois, April 2012, S. 76, verfügbar unter : http://www.ofpra.gouv.fr/documents/OfpraRA2011.pdf

46 Bei O Grad minus im Igluzelt, *Luxemburger Wort*, 28.10.11, verfügbar unter: http://www.wort.lu/de/view/bei-0-grad-im-igluzelt-4f61b553e4b0860580a9d999

47 Chachipe: Luxembourg : Moins d'aides pour dissuader les « réfugiés économiques », 31.12.11, verfügbar unter : http://romarights.wordpress.com/2011/12/31/luxembourg-moins-daides-pour-dissuader-les-refugies-economiques/

48 Raschere Asylentscheide für Gesuche aus dem Balkan, *Tagesschau* (SF), 21.08.12, verfügbar unter: http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/08/21/Schweiz/Raschere-Asylentscheide-fuer-Gesuche-aus-dem-Balkan

49 European Commission: Report from the Commission to the Council exemption of Romanian citizens from visa requirement (COM/2001/0361 final), verfügbar unter: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52001DC0361:EN:HTML

Eine nuanciertere Diskussion würde zur Kenntnis nehmen, dass alljährlich Zehntausende von Menschen die Balkanstaaten verlassen. Im April 2010 berichteten mazedonische Medien, dass in den ersten drei Monaten seit Einführung der Visumpflicht 100 000 Menschen Mazedonien verlassen hätten und nicht wiedergekommen seien.[50] So what?, lautete, verkürzt natürlich, die Reaktion des mazedonischen Innenministeriums, von dem auch die Zahlen stammten. Das seien in etwa die gleichen Zahlen wie in jedem Jahr.[51] Ein serbischer Wissenschaftler errechnete, dass, in den letzten zwei Jahrzehnten, circa 300 000, überwiegend junge, gut qualifizierte Menschen Serbien verlassen hätten, ein Prozess, das sich ohne tiefgreifende Reformen auch nicht aufhalten lasse.[52]

Es ist demnach naiv und gleichzeitig unverantwortlich ausgerechnet die Roma, deren Situation sich in den vergangenen Jahren zugespitzt hat, per Zwang in diesen Ländern halten zu wollen und somit auch den Regierungen freie Hand zu geben, die Rechte der Roma weiter mit den Füssen zu treten. •

[50] Over 100,000 People Left Macedonia Since the EU Visa Regime Liberalisation, *BalkanTravellers.com*, 15.04.10, verfügbar unter: http://www.balkantravellers.com/index.php?option=com_content&task=view&id=1889

[51] Ibid.

[52] Lack of Opportunity in Serbia Causes Brain Drain , *BalkanInsight*, verfügbar unter: http://www.balkaninsight.com/en/article/lack-of-opportunity-causes-brain-drain

Chachipe a.s.b.l.
B.p. 97
L – 7201 Béreldange
chachipe.info@gmail.com

www.romarights.wordpress.com

Copyright © 2013 Chachipe a.s.b.l.
All rights reserved.

Photos: Karin Waringo, Chachipe a.s.b.l.,
außer Foto 9: Vladan Jeremic

Design und layout: Ute Kraidý

Bankverbindung: Chachipe a.s.b.l.
IBAN-Nummer: LU241111258821250000
BIC: CCPLLULL
Bankname: Chèques postaux, Luxemburg